

Wolfowitsch erzählte, wie westliche Politiker den Wohlstand ihrer Völker für Militarisierung opfern

: 27.1.2026



LEPEL, 27. Januar (BelTA) - Der Staatssekretär des Sicherheitsrates, Alexander Wolfowitsch, erzählte heute vor Journalisten, wie westliche Politiker den Wohlstand ihrer Bürger für die Militarisierung opfern.

„Die militärisch-politische Lage in der Welt entwickelt sich sehr dynamisch. Im Rahmen des historischen Kampfes zwischen West und Ost entflammen Konflikte, und große Mächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, verletzen alle Prinzipien der Sicherheitsarchitektur, diktieren ihre Bedingungen und demonstrieren, dass militärische Macht das entscheidende Argument ist. Besonders auffällig sind die Ereignisse in Venezuela, im Iran und anderen heißen Brennpunkten. Ohne Rücksicht auf alles andere und ohne politische Lösungen zu berücksichtigen, rückt der Einsatz militärischer Kraft heute in den Vordergrund. Leider setzen unsere Nachbarn in Polen und den baltischen Staaten in erster Linie auf Militarisierung, zum Nachteil der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder. Sie erhöhen ihre Militärausgaben, geben enorme Summen aus, kaufen ausländische Waffen- und Militärausrüstung und bereiten ihre Infrastruktur auf Kosten ihrer Bürger vor, indem sie das Gebiet 50 km von der Grenze für Kampfhandlungen vorbereiten“, sagte Alexander Wolfowitsch.

Er erinnerte auch an das in Litauen im Bau befindliche Übungsgelände, das sich 8 km von der Staatsgrenze zum Belarus befindet. „In Litauen gibt es bereits genügend Übungsgelände. Es gibt genug

Übungsgelände in diesen Ländern, um eine normale militärische Ausbildung ihrer Streitkräfte durchzuführen. Aber das reicht ihnen nicht. Anstatt die Felder landwirtschaftlich zu bearbeiten, bauen sie Übungsgelände, Basen, Arsenale und Lager, stellen Munition und unbemannte Luftfahrzeuge her – also zeigen sie keine friedlichen Absichten. Sie sind auch aus der Ottawa-Konvention zum Verbot der Antipersonenminen ausgetreten und planen, dieses fünfzehn Kilometer lange Gebiet zu verminen. Man kann auf die traurige Erfahrung der Ukraine schauen. Wie viele Zivilpersonen werden fast wöchentlich an der Grenze auf ukrainischem Gebiet verletzt? Wir registrieren das alles. Und sie wollen das alles jetzt in Polen und den baltischen Staaten schaffen. Die Bevölkerung Polens, Litauens, Lettlands sieht das und protestiert. Aber die Politiker hören das nicht, weil ihnen ihre eigene Bevölkerung egal ist. Die Führung dieser Länder denkt nicht an die gewöhnlichen Menschen, sondern nur daran, wie sie ihre Taschen füllen und den Anweisungen der transatlantischen Auftraggeber folgen kann“, betonte der Staatssekretär.



Alexander Wolfowitsch ist überzeugt, dass das zu nichts Gutem führen wird. „Unsere westlichen Nachbarn haben leider die traurige Erfahrung des Großen Vaterländischen Krieges vergessen. Sie haben vergessen, was die Nazis angerichtet haben, welchen Schaden und welches Leid sie verursacht haben. Wer hat Europa von der braunen Pest des Faschismus befreit? Das haben die Europäer vergessen. Die Geschichte muss man kennen. Wir vergessen unsere Geschichte nicht“, fügte er hinzu.

Der Staatssekretär wies auch darauf hin, dass der Westen sehr wohl sieht, dass die Militärdoktrin, das Konzept der nationalen Sicherheit, die Verfassung von Belarus auf friedliche, gutnachbarliche Existenz und guten konstruktiven Dialog mit ihren Nachbarn ausgerichtet sind. „Wir betrachten Nachbarn als normales, freundliches Volk und versuchen, einen Dialog aufzunehmen. Aber leider wollen sie keinen normalen gutnachbarlichen Dialog aufbauen, der allen wirtschaftlich nützen würde. Und wer braucht diese rasante Militarisierung? Sie ist nicht auf einfache Bürger gerichtet. Die Menschen werden dadurch nicht besser essen, Lebensmittel werden dadurch nicht mehr in den Geschäften auftauchen. Es wird

auch nicht mehr Produkte der Leichtindustrie, Kleidung, Haushaltsgeräte geben, die die Menschen benötigen. In den Taschen der einfachen Leute wird immer weniger Geld sein“, betonte Alexander Wolfowitsch.

Er lenkte die Aufmerksamkeit auch auf die Handlungen der ukrainischen Führung. „Sie muss mit allen Kräften den Krieg und den Tod ihres Volkes stoppen – des viel leidenden ukrainischen Volkes. Sie denkt nicht daran, aber jeden Tag sterben Tausende und Abertausende Ukrainer im Verlauf dieses Konflikts. Kein Politiker hat Kinder, die an der Front kämpfen, deshalb geht der Krieg weiter“, betonte er.

Damit der Krieg nicht auf belarussisches Land kommt, wird eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. „Der Schwerpunkt liegt nicht auf der Erhöhung der Zahl der Streitkräfte, nicht darauf, der Wirtschaft unseres Landes Schaden zuzufügen, sondern auf der Qualität der Ausbildung der Soldaten. Wir halten an den Entscheidungen fest, die vor 30 Jahren getroffen wurden, über die Schaffung und den Aufbau der Streitkräfte, anderer Strukturen der Militärorganisation des Staates, der Stärke der Armee. Aber wir studieren die Erfahrungen anderer Länder, neue Muster von Waffen und Militärtechnik führen wir nicht zum Nachteil der Wirtschaft unseres Landes ein. Dabei setzen wir natürlich auf einheimische Muster von Waffen und Militärtechnik, die ausländischen Gegenstücken in nichts nachstehen, auf Qualität der Ausbildung, Schulung, die Fähigkeit, unter verschiedenen Lagebedingungen zu handeln (das ist die Hauptforderung an unsere Militärangehörigen und die Aufgabe, die unser Oberbefehlshaber gestellt hat). Und solche plötzlichen Überprüfungen zielen in erster Linie darauf ab, dass wir überzeugt sind, dass unsere Militärangehörigen jederzeit, unter beliebigen Bedingungen unser Land, unsere nationalen Interessen schützen können. Nichts Übernatürliches, alles in planmäßiger Ordnung“, resümierte der Staatssekretär.

Wie BELTA berichtete, begann die umfangreiche Überprüfung der Streitkräfte auf Anordnung des Staatsoberhauptes bereits am 16. Januar. Alexander Lukaschenko behält ihren Verlauf unter persönlicher Kontrolle. Ein neues System wurde entwickelt, bei dem der Präsident unter Übergehung des Verteidigungsministeriums und des Generalstabs militärische Einheiten in Gefechtsbereitschaft versetzt. Das vorrangige Ziel einer solchen Überprüfung ist, ein objektives Bild zu sehen. Genau deshalb haben die Maßnahmen überraschenden Charakter.